



Saarland. Familie. Leben.

Beschluss

Februar 2023

Boden heißt Leben – Aktiver Bodenschutz für die Bewahrung der saarländischen Lebensgrundlagen!

Unsere saarländischen Böden sind ein herausragend wichtiges Gut. Böden sind – neben Wasser und Luft - unsere wichtigste Lebensgrundlage. Und trotzdem treten wir unsere Böden nicht nur im wahrsten Sinne, sondern vor allem politisch mit den Füßen. Das Saarland ist, direkt nach NRW das Bundesland mit der am meisten versiegelten Fläche ist.

Der Konflikt um die Landnutzung hat sich in den letzten Jahrzehnten aufgrund des wachsenden Bedarfs an Energie, Nahrung und Ressourcen weltweit verschärft. Dies hat nicht nur schwerwiegende Folgen für wertvolle Ökosysteme und die Artenvielfalt, sondern auch für die lokale Bevölkerung.

Während es auf EU-Ebene eine umfassende Gesetzgebung zum Schutz von Luft und Wasser gibt, ist es bislang nicht gelungen, eine konsequente und umfassende europäische Gesetzgebung für unsere Böden zu etablieren, weil dies bislang von den Mitgliedsstaaten blockiert wurde. Durch die Klimakrise in Verbindung mit der Biodiversitätskrise gibt es jedoch dringenden Handlungsbedarf.

Besonders deutlich wurden die Defizite einer saarländischen Bodenschutzpolitik während der Ansiedlung der Firma S-Volt. Das chinesische Unternehmen sollte in einem Wasserschutzgebiet angesiedelt werden, obwohl eine örtliche Bürgerinitiative auf die Gefahren hingewiesen hat. Ähnlich wie bei der Ansiedlung der Firma Tesla in Brandenburg wurden auch im Saarland die Bedenken seitens der Landesregierung beiseitegeschoben. Bestehende industrielle Brachflächen, die im Saarland

ausreichend zur Verfügung stehen, wurden nicht angeboten. Außerdem wurde sehr fahrlässig mit dem Umstand umgegangen, dass es sich bei S-Volt um einen chinesischen Investor handelt, der mit der Ansiedlung im Saarland auch wirtschaftspolitische und geostrategische Interessen verfolgt. Die Landesregierung muss sicher stellen, dass die eigenen saarländischen und nachhaltigen Interessen stets im Vordergrund stehen. Einseitige Abhängigkeiten von China, sowohl in Zuge der Investitionen, als auch im Rahmen von seltenen Erden und kritischen Rohstoffen sind unbedingt zu vermeiden.

Solange Europa nicht handelt, sollten wir im Saarland vorangehen, um den Boden hier unmittelbar zu schützen:

- Wir brauchen einen regulatorischen Rahmen für den Bodenschutz.
- Wir wollen, dass Brachflächen der Versiegelung neuen Bodens zwingend vorzuziehen sind.
- Wir fordern, dass es bis 2030 keine Bodenverschlechterung und bis allerspätestens 2050 keinen Flächenfraß mehr gibt.
- Wir setzen uns dafür ein, dass Entscheidungsträger*innen auf kommunaler und Landesebene besser informiert und geschult werden.
- Wir lehnen gewerbliche Ansiedlungen in Wasserschutzgebieten grundsätzlich ab.
- Wir verlangen ein Recht auf Bürgerbeteiligungen bei Raumplanungsverfahren.

Bodenversiegelung ist aber auch das Ergebnis falsch gesetzter Steueranreize. Denn die Versiegelung des Bodens wird hier im Saarland u.a. auch dadurch unterstützt, dass sich Kommunen und Gemeinden einen regelrechten Wettbewerb um die Einkünfte geben, die sich aus der Bodenerschließung ergeben. Die Abhängigkeit lokaler Behörden von Erschließungsgebühren und von Gewerbesteuer führt zu einer aggressiven Ansiedlungspolitik.

Die natürliche Ressource Boden muss klug und nachhaltig genutzt werden, um eine *Begrenzung der Bodenversiegelung zu erreichen*. Also nicht die grüne Wiese nehmen, um zu bauen, sondern bebaute Flächen, insbesondere industrielle Brachflächen wiederverwenden.

Wir dürfen Boden nicht mehr gedankenlos verbrauchen! Wir brauchen auch hier im Saarland eine neue, eine nachhaltige Bodenpolitik! Das Saarland braucht einen integrierten Ansatz für eine Bodenschutzpolitik. Insbesondere darf der Profit durch die Gewerbesteuer oder durch die In-Aussicht-Stellung von Arbeitsplätzen nicht die fundamentalen Schutzbedürfnisse des Bodens, insbesondere in Wasserschutzgebieten nicht außer Kraft setzen.

Auch beim Ausbau der Erneuerbaren Energien im Saarland gilt es, den Bodenschutz im Blick zu bewahren. So insbesondere beim Ausbau von PV-Anlagen auf Grünflächen darauf geachtet werden, dass diese sowohl für die landwirtschaftliche Produktion als auch für Stromerzeugung genutzt werden können. Dies ist durch das Konzept der Agri-Photovoltaik möglich.

Hierfür brauchen wir eine Stabsstelle auf der Landesebene, die insbesondere verhindern soll, dass staatliche Subventionen zur Bodenversiegelung beitragen. Das Saarland braucht eine integrierte Politik für aktiven Bodenschutz, die stets die sorgfältige Prüfung bestehender Finanzierungsstrategien zu Erhaltung wertvoller Böden im Blick hat.

Die ÖDP fordert daher die Umsetzung eines saarländischen 15-Punkteplans zum Bodenschutz:

1. Wir brauchen eine Rahmengesetzgebung für Bodenschutz auf EU-Ebene mit direkter Wirkung auch auf unsere Region. Die Landesregierung kann dies auf Bundesebene über den Bundesrat initiieren.
2. Wir brauchen eine EU-weite Definition und Kategorisierung von Böden und den entsprechenden Schutz- und Kompensationsmaßnahmen. Das Saarland kann bereits vorangehen durch die Formulierung einer klaren Definition für den eigenen Geltungsbereich als Vorbild für andere Regionen in Europa.
3. Die Einnahmen von Gewerbesteuer sollte im Saarland an Maßnahmen zur Brachnutzung gekoppelt werden. Dafür brauchen wir hier im Saarland ein landesweites einheitliches Erfassungssystem von Brachen und Leerständen und gezielte Anwerbung für die Nutzung industrieller Brachflächen.

4. Industrielle Brachflächen müssen Vorrang haben für neue Ansiedlungen. Im Rahmen eines „Masterplans Industrieansiedlung“ brauchen wir hierzu schnellere Genehmigungsverfahren für die Ansiedlung auf Brachen.
5. Wir brauchen einen saarländischen Maßnahmenkatalog für die Milderung und für die tatsächliche Kompensation, falls die Bodenversiegelung nicht zu vermeiden ist. Milderungsmaßnahmen können sein:
 - Entsiegelung von Fläche an anderer Stelle als tatsächliche Kompensation.
 - Vermeidung von unnötigen Beschädigungen von Böden, die nicht direkt durch die Bautätigkeit betroffen sind.
 - Verwendung angemessener Baumaterialien und Bauverfahren, z.B. Nutzung wasserdurchlässiger Materialien soweit möglich, z.B. bei Parkplätzen wasserdurchlässige Betonpflastersteine
6. Gewerbliche Ansiedlungen in Wasserschutzgebieten sind grundsätzlich abzulehnen. Die entsprechenden Prüfverfahren sind zu beschleunigen und sollten dem politischen Entscheidungsprozess entzogen werden.
7. Die Verknüpfung zwischen gewerblichem Interesse und Politik ist oftmals zu groß. Auch Parteispenden mögen hier eine Rolle spielen, deswegen lehnt die ÖDP Unternehmensspenden jeder Art an Parteien grundsätzlich ab!
8. Das Saarland braucht ein Informationssystem zur Erfassung des Flächenverbrauchs inklusive einer Auflistung der zur Verfügung stehender Brachflächen und deren Dekontaminierung.
9. Es braucht die Einführung einer regionalen Überwachung des Flächenverbrauchs und der Bodenversiegelung unter Berücksichtigung der Bodenqualität. Lasst uns im Saarland schon mal anfangen.
10. Der Verbrauch von Fläche und Bodenversiegelung sollten mit einer Abgabe an die zuständigen Umweltbehörden belegt werden. Es sollte eine Versiegelungsgebühr zum Schutz hochwertiger landwirtschaftlicher Flächen geben. Gleichzeitig sollten wir uns für einen EU-Fonds zum Flächenschutz und zur Flächenaufbereitung einsetzen.
11. Bis 2035 brauchen wir einen Versiegelungsstopp im Sinne einer Netto-Null-Versiegelung! Es sollten verpflichtend zunächst Brachflächen verfügbar gemacht werden.

12. Für unbedingt notwendige Baumaßnahmen brauchen wir Prioritätenkataloge mit zwingenden Kompensations- und Milderungsmaßnahmen, wie z.B. Entsiegelung an anderer Stelle.
13. Die Bürger*innenbeteiligung im Raumplanungsverfahren muss verpflichtend sein.
14. Wir brauchen mehr Bewusstsein für eine nachhaltige Raumplanungspolitik. Entscheidungsträger*innen auf kommunaler und Landesebene müssen besser informiert und geschult werden.
15. Der Ausbau der Erneuerbaren Energien im Saarland muss im Einklang mit den Anforderungen an den Bodenschutz erfolgen. Daher brauchen wir eine saarländische Strategie für Agri-Photovoltaik

Begründung:

In den letzten Jahrzehnten sind wir im Saarland viel zu verschwenderisch mit der Ressource Boden umgegangen- das ist ein Luxus den wir uns nicht mehr leisten können. Der Flächenverbrauch ist ein schleichendes Phänomen. Wir nehmen es oftmals kaum wahr, es mangelt es weithin am nötigen Problembewusstsein.

Böden erfüllen eine Vielzahl wesentlicher ökologischer Funktionen:

- Böden sind Grundlage der Lebensmittelproduktion.
- Sie sind entscheidend für den Erhalt der Biodiversität.
- Böden filtern Wasser, und trennen Schadstoffe ab.
- Böden haben eine wichtige Funktion bei der Verhinderung oder Verringerung von Überschwemmungen und Dürreperioden.
- Gesunde Böden sind ein wichtiger CO₂ Speicher.

Ist der Boden erst mal stark beeinträchtigt oder zerstört, werden die kommenden Generationen seine Wiederherstellung nicht erleben.

Ein Hauptproblem ist, dass der Wert des Bodens häufig nicht erkannt wird, da Bodenfläche als unbegrenzt und als unendliche Ressource gesehen wird, was sie aber nicht ist: der Boden ist eine begrenzte und eine endliche Ressource.

Laut Bundesumweltministerium werden täglich in Deutschland rund 56 Hektar als Siedlungsflächen und Verkehrsflächen neu ausgewiesen. Dies entspricht einem Flächenverbrauch von circa 79 Fußballfeldern täglich!